

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F. XXIV/134

Bonn, den 18. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>CDU/CSU-Wahlkampf mit schiefer Schlachtordnung</u>	68
	Schillers Leistung für den Wirtschaftsaufschwung soll zerredet werden	

3 - 5	<u>Ein Kongreß der Verärgerung</u>	105
-------	------------------------------------	-----

Ein notwendiges Nachwort zum Städtebaukongreß der CSU

Von Dr. Paul Nevermann

6 - 7	<u>Zwischen 1890 und 1914</u>	70
-------	-------------------------------	----

Dokumentation über die Bremer Sozialdemokraten und die BBZ

CDU/CSU-Wahlkampf mit schiefer Schlachtordnung

Schillers Leistung für den Wirtschaftsaufschwung soll zerredet werden

sp - Der Wahlkampf um die Besetzung des 6. Deutschen Bundestages läuft an. Falls es aber wäre es, wollte man die erneut entflammte Diskussion über die Aufwertung der D-Mark als das eigentliche Wahlkampfthema betrachten.

Allerdings: Maßgebende, von einer kritischen und wachsamem Öffentlichkeit viel beachtete Zeitungen wie die FAZ, das gewiß sozialdemokratischer Sympathien unverdächtige "Handelsblatt", renommierte Blätter wie die "Süddeutsche Zeitung" und die "Stuttgarter Zeitung" haben sich auf die Seite des Sachverständes gestellt. Der Sachverständ spricht für den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Prof. Schiller. Doch das alles zählt nicht bei den Wahlkampfstrategen der Unions-Parteien. Sie haben sich auf eine Linie festgelegt, von der sie wohl wissen, daß sie auf lange Sicht nicht zu halten ist. Sie versprechen sich davon parteipolitische Vorteile. Ob diese Rechnung aufgeht? Vieles spricht dagegen.

Der Versuch, dem sozialdemokratischen Bundeswirtschaftsminister Schiller die Anwendung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums zu versagen, das die Unions-Parteien in einer Stunde der Angst und besserer Einsicht im Bundestag selbst mit beschlossen haben, nimmt sich doch recht eigenartig an. Heute möchten CDU/CSU den Herbst 1966 mit seinen beunruhigenden Krisenerscheinungen in Vergessenheit geraten lassen. Sie bewältigen nicht ihre Vergangenheit, sie flüchten vor ihr. Wollen sie wieder einen wirtschaftlichen Rückschlag herbeiführen, der für Hunderttausende und Millionen von Menschen wirtschaftliche Sorgen und Existenzängste mit sich bringt? Die Unionsparteien, wenn sie dies wollen, lassen sich hier auf ein abenteuerliches Unternehmen ein, sie riskieren das Wohl unseres Volkes und sie fordern den Unwillen und den Protest aller herauf, die dieses Spiel durchschauen. Im Grunde genommen geht es nicht allein um die

Wertbeständigkeit der DM, es geht um die Fortsetzung einer mit dem Namen Schiller verbundenen Politik, die in der Stabilität der Währung und im gesicherten Wachstum der Wirtschaft die besten Voraussetzungen sieht, um mit den großen Anforderungen der hereinbrechenden 70er Jahre fertig zu werden. Hier finden gewollte wirtschaftliche Rückschläge keinen Platz, erschweren sie doch den Weg in die Zukunft.

Für die Unions-Parteien ist der Gedanke, daß es Sozialdemokraten waren, die den im Herbst 1966 verfahrenen Karren wieder in Schwung und auf den rechten Weg brachten, kaum zu verkraften. Eine Welt brach für sie zusammen. Wirtschaftspolitik betrachteten sie seit Bestehen der Bundesrepublik als ihre Domäne, in der andere nichts zu sagen hätten. Nun befinden sie sich in einer für sie recht argen Lage. Das viele Jahrzehnte rechts von der Sozialdemokratie so erfolgreich angewandte Argument, das sich bis zu Vorurteilen verdichtete, die Sozialdemokraten können zwar den Kuchen gerecht verteilen aber keinen Kuchen vermehren, sticht nicht mehr, es hat seine Gültigkeit verloren, es eignet sich nicht zur Anwendung. Bei der großen Mehrheit unserer Bevölkerung hat es sich eben herumgesprochen, daß der Sozialdemokrat Prof. Schiller ein außerordentlich tüchtiger Mann ist, der durch die von ihm zu verantwortende Wirtschaftspolitik die deutsche Wirtschaft auf ungeahnte Höhe führte. CDU/CSU neiden diesem Mann seinen Erfolg, deshalb widersetzen sie sich den von ihm eben zur Sicherung dieses Erfolges für erforderlich gehaltenen Maßnahmen, auch auf das Risiko hin, durch solche parteiegoistisch bedingte Kurzsichtigkeit, das Ganze zu gefährden. Sie nehmen lieber Geldwertverschlechterungen und Preiserhöhungen in Kauf, als eine Haltung aufzugeben, von der sie hoffen, sie werde dem Sozialdemokraten Schiller und seiner Partei schaden.

Von Überlegenheit und innerer Souveränität zeugt dies eben nicht, ja es verrät eine Unsicherheit, verdeckt nach außen hin durch Halsstarrigkeit und trotziger Rechthaberei. Immerhin hat diese Taktik auch ihr Gutes. Sie führt dem Wählervolk vor Augen, wie weit die einst sieggewohnte Union gehen will, um ihre früheren Machtpositionen im Staate wieder zu erhalten. Inwieweit sie dabei teilweise oder streckenweise Gefangener mächtiger Interessentengruppen ist, steht freilich auf einem anderen Blatt. Die Sozialdemokraten können sich auf gute Verbündete berufen, auf den von den Unionsparteien mißachteten Sachverstand und auf das wachsende politische Interesse einer immer größer werdenden Zahl von politisch mündig gewordenen Bürgern.

Ein Kongreß der Verärgerung

Ein notwendiges Nachwort zum Städtebaukongreß der CSU

Von Dr. Paul Nevermann

Während der Münchner Städtebaukongreß der SPD im Mai 1969 die Weichen für die Zukunft stellte, galt der Münchner Kongreß der CSU vom Juni 1969 der Beschönigung städtebaulicher und wohnungspolitischer Fehlentscheidungen. Dies gilt besonders von der Rede, die der frühere Bundeswohnungsbauminister Lücke gehalten hat. Donnerwetter, das war schon ein einziger Verdummungsversuch!

1) Herr Lücke meint, der Abbauder "Wohnungszwangswirtschaft" (ich komme noch auf diesen Begriff) war die Voraussetzung für die ungewöhnlichen Erfolge im Wohnungsbau. Er sagt, es folgte "eine Bautätigkeit ohne Beispiel". Das ist schlicht und ergreifend unwahr und Herr Lücke weiß das auch. Im Jahre 1964 ist ein geringer Anstieg der fertiggestellten Wohnungen zu verzeichnen. Aber diese Wohnungen sind ja vor dem Inkrafttreten des Lücke-Planes in Angriff genommen worden. Dann aber folgt der Abstieg, wie die Kurve deutlich zeigt. Und dies leider auch bei den öffentlich geförderten Wohnungen. Herr Lücke war es, der für die Verminderung der Bundesmittel eingetreten ist: Die Haushaltsmittel betrugen nämlich 700 Millionen und wurden während der Ministerzeit des Herrn Lücke jährlich um 10 Prozent gekürzt. Zum Schluß hatte der Bund für den Mietwohnungsbau überhaupt nichts mehr, weil das Geld nur noch für Familienheime reichte. Durch Herrn Lücke ist also der Abstieg des öffentlich geförderten Wohnungsbaues herbeigeführt worden und keine "Bautätigkeit ohne Beispiel".

2) Aber die tollste Verleumdung steckt in der Behauptung von Lücke, "soziales Mietrecht" schuf soziale Sicherungen - "vor allem für unsere Familien - wie sie ohne Beispiel sind". Die Sozialklausel (§ 556-a BGB) war in der Fassung des Herrn Lücke völlig unbrauchbar. Im Jahre 1965 wurden in den weißen Kreisen 45.636 Räumungsklagen angestrebt. Hiervon wurden 33.245 durch Verurteilung zur Räumung oder Räumungsvergleich beendet. Abgewiesen wurden nur 717 Klagen, also etwas mehr als zwei Prozent der Räumungen. Das war Lückes soziales Mietrecht! Und eine Frage: Wenn es so gut war, warum ist es dann geändert worden? Die vielen, vielen Mieter, die nach dem Lücke-Gesetz ohne Mieterschutz waren, werden den Münchner Vortrag als eine Verhöhnung ihres Schicksals auffassen.

3) Und nun zu dem Begriff "Zwangswirtschaft". Ich habe Herrn Lücke bereits in der Bundesratssitzung vom 12. 7. 1963 folgendes gesagt:

- * "Es ist einfach ein Denken in falschen Kategorien, daß der Kündigungsschutz ein Bestandteil der Zwangswirtschaft sei. Der Kündigungsschutz eines ordentlichen Mieters, der seinen Pflichten nachkommt, muß nach unserem Grundgesetz dauernder Bestandteil einer sozialen Rechtsordnung sein."

Diesen brauchbaren Kündigungsschutz haben erst die Minister Lauritzen und Heinemann in der Zeit der Großen Koalition erreichen können. Der CDU-Minister schuf eine Sozialklausel ohne Wert. Dabei will ich auch hier nicht verschweigen, daß sich der neue § 556-a BGB erst erweisen muß und daß wir zu prüfen haben, ob ein weiterreichender Bestandsschutz notwendig ist. Aber das nennt Herr Lücke ja "Zwangswirtschaft"!

4) In seinem Vortrag versucht er ferner, den Vizekanzler Brandt in diese Begriffsverwirrung hineinzuziehen. Er fragt, "ob Herr Kollege Brandt die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft bedauert". Und dann kommt die üble Gleichstellung der Planwirtschaft mit der Zwangswirtschaft. Erzwischen ist ja wohl allen denkenden Menschen klar geworden, in welche Krise wir 1966 geraten sind, weil es keine planvolle Vorausschau gab. Bundeskanzler Kiesinger in seiner Regierungserklärung vom 13.12.1966:

- * "Der Bildung dieser Bundesregierung... ist eine lange schwebende Krise vorausgegangen... Wie kam es zu dieser Entwicklung? Es fehlte an der mittelfristigen Vorausschau."

Aber dieses Bekenntnis des Kanzlers zu unterdrücken, gehört eben auch zur Verdummungspolitik. Herr Lücke versucht nach wie vor, die Begriffe Zwangswirtschaft, Sozialbindung und Mieterschutz in einen Topf zu werfen.

5) So unterstellt der Herr Lücke auch mir die Forderung nach Zwangswirtschaft. Er sagt: "Wenn ich, Dr. Nevermann damals gefolgt wäre, so hätten wir noch heute keine weißen Kreise." Ich antwortete: "Sehr richtig, und das wäre auch gut gewesen, denn dann wäre vielen Mietern die Belastung durch Mieterhöhung und die Sorge um die Kündigung erspart geblieben."

6) Zu den Mietpreiserhöhungen meint Herr Lücke, sie seien normal. Es sei ja nur für das einzelne Jahr fünf bis sieben Prozent. Ja, aber es sind von 1960 bis 1968 damit insgesamt 51,8 Prozent. Es gibt aber auch viele Erhöhungen um 100 Prozent! Die wirtschaftlich schwachen Mieter werden sich sehr darüber wundern, daß Herr Lücke meint, dies seien "keine gravierenden Beträge". Es ist immer dasselbe: Es wird mit Durchschnittswerten gerechnet und dabei ganz vergessen, daß die wirtschaftlich Schwachen unter diesen Durchschnittserhöhungen enorm zu leiden haben. Aber Herr.

Lücke sagt wörtlich, dies sei "ein Gespenst des Herrn Dr. Nevermann". Mit Recht verweist Herr Lücke auf ein Hilfsmittel für die wirtschaftlich Schwachen: das Wohngeld. Aber auch dies reicht nicht aus. Minister Lauritzen fordert eine Verbesserung des Wohngeldes. Lücke ist wieder einmal völlig zufrieden: "Das Wohngeld hat sich hervorragend bewährt". Minister Lauritzen hat niemals gesagt, daß er dies Wohngeld eingeführt habe, aber zum Unterschied von Herrn Lücke weiß er, daß es nicht ausreicht.

7) Dann folgt in dem Vortrag die verhängnisvolle Ideologie vom Wohnungsverkauf der Wohnungsbaugesellschaften. Ich bin der Auffassung, daß diese Forderung den sozialen Interessen der breiten Schichten widerstreitet und abgelehnt werden muß. Eine Anzahl von Mietern, die sich finanziell gut stehen, kaufen dann die Mietwohnungen auf, und sie sind der allgemeinen Wohnungsversorgung, für wirtschaftlich Schwache entzogen. Wir brauchen aber ein möglichst großes Angebot an öffentlich geförderten Wohnungen. Hier scheiden sich die Geister. Wir verlangen, daß alle öffentlich geförderten Wohnungen in ihrer Sozialbindung verbleiben.

Schließlich macht auch Herr Lücke den untauglichen Versuch, die Verschleppung des Städtebauförderungsgesetzes durch die CDU zu verschleiern. Hier ist aber nun wirklich nichts zu machen: Der Ausschuß des Bundestages hätte mit einigen Sondersitzungen das Gesetz ohne Schwierigkeiten verabschieden können. Gegenteilige Behauptungen sind unwahr. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Heßberg, hat nicht einmal zahlreiche Telegramme, die ihm im Mai noch erreicht haben, im Ausschuß mitgeteilt. Das ist die Wahrheit.

Nach all den Lücke'schen Verdrehungen kommt dann in seiner Rede folgender Satz: "Ich plädiere deshalb dafür, Schluß zu machen mit den Verdächtigungen und eine gute Atmosphäre zu schaffen...". Ich bin gerührt, mir kommen die Tränen.

Aber alles in allem: Man merkt, daß Herr Lücke sein Versagen empfindet. Die sozialdemokratische Regierungsmannschaft hat dem Wohnungswesen mehr soziale Substanz verliehen. Daher die Rede aus Verärgerung.

+ + +

Zwischen 1890 und 1914

Dokumentation über die Bremer Sozialdemokraten und die BBZ

HA - In dem knappen Vierteljahrhundert zwischen der Aufhebung des Sozialistengesetzes und dem Beginn des ersten Weltkrieges hat die Bremer Sozialdemokratie eine bewegte Entwicklung genommen und eine entscheidende Wandlung durchgemacht. Am Anfang steht die Gründung der Bremer Bürgerzeitung, am Ende dieser Periode die deutliche Gliederung und beginnende Spaltung in die Gruppen der Reformisten, der Radikalen und der extrem Linken, die sich am Ende des Krieges dann in den drei Parteien SPD (Mehrheitssozialisten), USPD (Unabhängige Sozialdemokraten) und KPD (Bund der Kommunisten) wiederfinden.

Bedeutende Persönlichkeiten haben der Bremer Partei in dieser Zeit Profil gegeben: Friedrich Ebert, Dr. Franz Diederich, Heinrich Schulz, Karl Radek, Johann Knief, Julius Bruhns u. a. Zeitweilig lag nach der Jahrhundertwende die Führung des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie in Bremen, war die Bremer Bürgerzeitung das Sprachrohr dieser Gruppe, die innerhalb der SPD zum zentralen Parteivorstand in Berlin in Opposition stand.

Die gemäßigten Reformisten, denen an der praktischen Hilfe für die Arbeiterschaft und an deren voller und gleichberechtigter Integration in die bestehende Gesellschaft und Ordnung lag, hatten in den neunziger Jahren die unbestrittene Führung auch in der Bremer SPD. Nach der Jahrhundertwende änderte sich die Situation, vor allem, als Heinrich Schulz an die Stelle von Dr. Diederich trat und bald darauf auch Friedrich Ebert Bremen verließ, um zur Zentrale nach Berlin überzusiedeln.

Der lang und heftig ausgetragene Streit, ob die SPD weiter auf dem parlamentarischen Wege nach der Macht streben oder sie durch außerparlamentarische Mittel, etwa durch den politischen Massenstreik, zu erzwingen suchen sollten, beleuchtete die damalige Situation und läßt bereits die Keime der künftigen Entwicklung erkennen. Zwar behielten die Reformen, unterstützt von der Fraktion in der Bürgerschaft und vor allem auch von den aufstrebenden Gewerkschaften, auch nach der Jahrhundertwende noch eine starke Stellung, aber die Radikalen, die unter vorübergehender Hintansetzung der demokratischen Grundsätze zur Macht strebten, gewannen in der Bremer Parteiorganisation das Übergewicht, besetzten das Parteisekretariat und die Chefredaktion der Bürger-Zeitung - eine damals einflußreichere Position als die des

Vorsitzenden -, nahmen sich der Schulung des Nachwuchses an und setzten ihre Leute in die Spitzenpositionen der Organisation.

Über diese hochinteressante Entwicklung gibt es eine ausgezeichnete, ausführliche Darstellung in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, die im Verlag für Literatur und Zeitgeschehen in Hannover erscheint. Ihr Verfasser ist Karl-Ernst Moring, ihr Titel lautet "Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914, Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens".

Auf 223 eng bedruckten Seiten schildert Moring mit der Akribie des engagierten Wissenschaftlers im fast minutiösen Detail diese knapp 25 Jahre vom Sieg bei der Reichstagswahl von 1890 bis zur immer deutlicheren Herauskristallisierung der extremen Linken, dem Ursprung der KPD. Moring stützt sich dabei nicht nur auf die Bremer Bürgerzeitung, er gibt auch zahlreiche Einzelheiten über die Entwicklung dieses Blattes, in dem Friedrich Ebert und Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring, Karl Radek und August Bebel, Anton Pannekoek und Heinrich Schulz, Karl Kautsky und viele andere geschrieben haben; so entstand bei dieser Gelegenheit zugleich ein wichtiges Kapitel der Geschichte dieser Zeitung, die nun bald ihr achtzigjähriges Bestehen feiern kann.

Moring gibt ein genaues Quellen- und Literaturverzeichnis und in Tabellenform die Reichstags- und die Bürgerschaftswahlen, die Mitgliederentwicklung in der SPD und in den Gewerkschaften, die Auflageentwicklung der Bürgerzeitung und den Altersaufbau der Mitglieder der Bremer SPD in der Zeit von 1907 bis 1912. Leider fehlt ein Personen- und Sachregister, das den Nutzen der Arbeit wesentlich erhöht hätte.

Inzwischen liegt nun die Geschichte der Bremer SPD von den Anfängen der Arbeiterbewegung 1848 bis zum Jahre 1918 in drei guten aneinander anschließenden Arbeiten geschlossen vor, und eben erscheint als Heft 4 der Bremer Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte bei Schönmann eine Darstellung von Helmut Gättsch: "Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919-1933". Wann wird ihr eine Darstellung der Geschichte der SPD von 1918 bis 1933 folgen?